„Der Courier"
ist die führende deutsche Zeitung Canadas.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende 16 seitige Ausgabe beträgt jährlich nur $1.00 bei Vorausbezahlung.
Der Bezugspreis für das an jedem Samstag erscheinende „Extrablatt" beträgt jährlich $1.00 nur gegen Vorausbezahlung.
Man schreibe an den „Courier", P. O. Box 503, Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1855 Halifax Straße, Regina.
Beschwerden werden jederzeit entgegengenommen.
Anzeigen haben den größten Erfolg.
Nachweislich 19,234 Leser;
Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier

"The Courier"
is the leading German paper in Canada.

Subscription-price for the regular 16 page issue appearing every Wednesday $1.00 yearly in advance only.
Subscription-price for the Saturday special issue "Extrablatt" $1.00 yearly in advance
Address: "The Courier", P. O. Box 503, Regina, Sask., or call at our offices and printing plant 1855 Halifax St., Regina.
"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.
German farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier."
19,234 subscribers
Advertising rates on application.

8. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch den 21. Juli 1915 | Nummer 38

London erhält Bericht, daß Räumung Warschaus seitens der Russen begonnen

London, 20. Juli. — Der Budapester Korrespondent der „Morning Post" berichtet, daß die allmähliche Räumung Warschaus von den Russen angeordnet worden ist.

London, 19. Juli. — Kann Warschau gehalten werden? Da Feldmarschall von Hindenburg vom Norden her und Feldmarschall von Mackensen vom Süden her die Enden des großen, um diese Stadt gelegten Halbkreises vorwärtsschieben, sieht man in den Hauptstädten der alliierten Mächte ein, daß Großfürst Nikolaus, der Oberbefehlshaber der russischen Truppen, der schwierigsten Aufgabe gegenüber gestellt ist, die ihm seit Ausbruch des Krieges auferlegt wurde, und Militärschriftsteller verschiedener Londoner Zeitungen scheinen der Ansicht zu sein, daß es für ihn so gut wie unmöglich ist, diese Aufgabe zu lösen.

Man hatte das Vertrauen, daß Deutschlands vorbergehenden, wuchtigen Angriffe entlang der Bzura-Rawka Front niemals durch die russische Front hindurchgetragen werden würden, aber die augenblickliche, kolossale, gleichwertige Bewegung wurde mit solcher Schnelligkeit entwickelt und so weit vorwärtsgetragen, ohne auf ernstlichen Widerstand der Russen zu stoßen, daß die britische Presse mehr und mehr mit dem Fall Warschaus rechnet, und obwohl man noch nicht alle Hoffnung aufgibt, daß die Stadt von den Russen gehalten werden kann, wird doch auf die enormen Schwierigkeiten hingewiesen, unter denen die russischen Armeen von Anbeginn an infolge des Bestehens eines solchen vorspringenden Winkels Polen operiert haben.

Da die Russen nicht imstande waren, ihre Front durch einen Vorstoß durch Ostpreußen im Norden und in Galizien im Süden auszurichten, haben sie sich beständig den Schneiden der deutsch-österreichischen Zange gegenübergesehen; und wenn diese Zange genügend geschlossen werden kann, dann ist Warschau verloren und mit ihm die gesamte russische Front.

Auf Grund der letzten Berichte waren die deutsch-österreichischen Truppen, die von Przasnysz aus vorgingen, nicht ganz 40 Meilen von Warschau entfernt, während im Süden das Zentrum der Mackensen'schen Armee an verschiedenen Punkten bis auf 10 Meilen an die Lublin-Cholm Eisenbahn herangekommen war.

Die „Morning Post" erklärt, daß der Budapester Korrespondent berichtet hat, die Russen beabsichtigen, Warschau zu räumen. Dieser Bericht besagt, die allmähliche Räumung der polnischen Hauptstadt ginge jetzt vor sich und sei die Einleitung zur vollständigen Uebergabe an die Deutschen und Oesterreicher und damit der auf die Hauptstadt zu laufenden Linien.

London, 20. Juli. — Der Petersburger Korrespondent der „Morning Post" berichtet, Kaiser Wilhelm habe seiner Schwester, der Königin von Griechenland, nachstehendes Telegramm gesandt:

„Ich habe die Russen für wenigstens sechs Monate lahm gelegt und bin im Begriff, an der Westfront einen Schlag auszuführen, der ganz Europa erzittern lassen wird."

Was Paris dazu sagt

Paris, 19. Juli. — Schnelle Einnahme von Warschau, dann einen vernichtenden Vorstoß in südlicher Richtung nach den französischen Häfen am englischen Kanal u. schließlich einen Triumphzug nach Paris hinein, das ist, was Kaiser Wilhelm, wie man glaubt, gemeint hat, als er vor einigen Tagen sagte: „Deutschland wird den Krieg im Oktober gewinnen".

(Fortsetzung auf Seite 4)

Oesterreichische Note

Doppelmonarchie ersucht die Vereinigten Staaten, die Munitionslieferungen an die Alliierten einzustellen

Note, die bereits am 1. Juli in Washington eintraf, wurde bis jetzt geheim gehalten

Washington. — Erst am Donnerstag letzter Woche wurde bekannt, daß die Washingtoner Regierung seit dem ersten Juli eine Note von Oesterreich-Ungarn unter Erwägung hat, in der darauf hingewiesen wird, daß der amerikanische Munitionsexport an die Alliierten Dimensionen angenommen hat, welche die Neutralität der Vereinigten Staaten gefährden.

Bisher ist noch nicht entschieden worden, ob die Vereinigten Staaten auf die Note überhaupt antworten werden. Die österreichische Note wurde Botschafter Penfield am 29. Juni eingehändigt. Warum sie so lange verheimlicht wurde, ist nicht ersichtlich.

In der Note heißt es, daß die amerikanische Kriegsausfuhr nicht im Einklang mit der Neutralitätsdefinition steht. Hinzugefügt wird, es würde genügen, die Feinde Oesterreich-Ungarns und Deutschlands wissen zu lassen, daß die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kriegsmaterial eingestellt werden würde, falls der legitime Handel in diesen Waren zwischen Amerikanern und neutralen Nationen nicht gestattet werde.

Im Staatsdepartement betrachtet man die österreichische Note sondergarterweise nicht als einen Protest und weiß nicht recht, ob eine Antwort nötig ist oder nicht.

Nach vierzehntägigem Schweigen weist Sekretär Lansing heute noch nicht, ob er den Wortlaut der österreichischen Note veröffentlichen oder erst den Entwurf einer Antwort abwarten soll, um dann Note und Antwort zugleich bekannt zu machen. Oesterreich fragte beim Staatsdepartement an, ob es etwas dagegen habe, wenn die Note in Oesterreich veröffentlicht werde, und Sekretär Lansing erwiderte, dagegegen sei nichts einzuwenden.

Ein Abschnitt der österreichischen Note lautet:

„Einer neutralen Regierung kann nicht gestattet werden, ungehindert Handel mit Konterbande zu treiben, falls dieser Handel Dimensionen annimmt, durch welche die Neutralität des betreffenden Landes gefährdet wird. Der Export von Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten als Prozedur des gegenwärtigen Krieges steht nicht mit der Definition der Neutralität im Einklang. Die amerikanische Regierung ist daher ohne Zweifel berechtigt, die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu verbieten.

„Mit Bezug auf den möglichen Einwand, daß die amerikanische Industrie willens ist, auch Oesterreich und Deutschland zu versorgen, dies aber infolge der Kriegslage nicht tun kann, mag darauf hingewiesen werden, daß die amerikanische Regierung in der Lage ist, diesen Stande der Dinge abzuhelfen. Es würde genügen, den Feinden Oesterreich-Ungarns und Deutschlands mitzuteilen, daß die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kriegsmaterial eingestellt werden würde, wenn sie den legitimen Handel in diesen Artikeln zwischen Amerikanern und neutralen Ländern nicht gestatten."

Zum Schlusse wird die amerikanische Regierung aufgefordert, die Note sorgfältig zu erwägen, und in diesem Zusammenhang wird auf die ununterbrochen guten Beziehungen und die Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und den Vereinigten Staaten hingewiesen.

In Washington glaubt man, daß die Türkei eine Note ähnlichen Inhalts an die amerikanische Regierung senden mag.

Pressstimmen

Paris, 16. Juli. — Die Nachmittagszeitungen brachten am Freitag ausführliche Besprechungen der österreichisch-ungarischen Protestnote gegen den amerikanischen Waffenhandel. Sie brachten sie als einen Versuch, die Grundlage der Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Verbündeten und den Vereinigten Staaten von Deutschlands „Piratentum abzulenken und einer Frage zuzuwenden, welche die deutschen Verbündeten näher angeht, nämlich die Lieferung von Waffen an die Alliierten und die Blockade der deutschen Küste."

Der „Temps" weist darauf hin, daß Deutschland zu schuldbewußt und demaskiert sei, so daß „der Mitschuldige zur Rettung herbeieilen mußte". Oesterreich-Ungarn und Deutschland verlangen aber trotzdem von Rumänien, daß es den Transport von Kriegsmaterial durch sein neutrales Gebiet nach der Türkei gestatte. Diese Forderung enthalte die gleiche Auslegung neutraler Verpflichtungen im entgegengesetzten Sinne.

„La Liberte" fragt an leitender Stelle: „Werden sich die Amerikaner durch ein Drohung einschüchtern lassen?" Das Blatt hält die Note besonders deshalb für lächerlich, weil die österreichisch-ungarischen Häfen nicht nur von den Engländern und Franzosen, sondern auch von Italien blockiert sind, und fügt hinzu: „Die Note ist entweder ein Bluff oder eine Warnung, daß die deutschen Verbündeten in ihren verbrecherischen Angriffen auf amerikanisches Leben und Eigentum noch weiter als bisher gehen werden."

Berlin. — Das Nachrichtenbureau Ueberseedienst meldet:

„Die deutschen Zeitungen fahren allgemein fort, ihrer hohen Befriedigung über die österreichisch-ungarische Note an die Ver. Staaten Ausdruck zu geben. Die Note, die sich gegen die Waffen- und Munitionssendungen wendet, gilt als Beweis der Bundestreue und der klugen Politik der germanischen Verbündeten. Die Vossische Zeitung hofft, daß die kräftige Beweisführung zugunsten wahrer Neutralität Eindruck auf den Präsidenten Wilson machen und ihn bekehren wird, gerade so wie der frühere Staatssekretär Bryan bekehrt wurde. Die Ver. Staaten haben jetzt eine glänzende Gelegenheit, ihre Bereitschaft zur Beobachtung einer wahren Neutralität zu zeigen. Doch bezweifelt das Blatt, daß die Note den gewünschten Erfolg haben wird.

Gründe der österreichischen Note

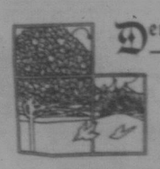
Wien, über London. — Von hoher autoritativer Quelle des auswärtigen Amtes erhielt ein Vertreter der Associierten Presse eine Erklärung der Motive, die der österreichischen Note an Amerika, wegen der Munitionslieferung zu Grunde liegen.

Der betreffende österreich-ungarische Staatsmann sagte, daß die Tatsachen, auf denen die Note ruht, schon lange existierten und daß sie erst jetzt abgesandt wurde, nachdem die glorreichen Siege in Galizien errungen waren, um nicht den Schein zu erwecken, daß die Note einen Notschrei eines bedrängten Landes gleiche.

Die Idee, die Note wäre infolge deutscher Beeinflussung abgesandt worden, ist durchaus unkorrekt. Der Schritt wurde nur angesichts der ungestörten langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Amerika unternommen.

„Die Note, sagt der Staatsmann, ist von freundschaftlichen Gefühlen gegen Amerika, dem Lande, wo so viele unserer Stammesbrüder ein zweites Heim gefunden haben, durchweht. Sie bedeutet die Sprache eines Freundes zu einem Freunde — und ist deshalb völlig berechtigt, weil die Beziehungen der beiden Länder noch nie mißhellig waren.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Deutsche des Westens, besucht die große
Provinzial-Ausstellung
in Regina vom 26. bis zum 31. Juli

Provinzialwahlen in Manitoba

Legislatur der Provinz Manitoba aufgelöst. Neuwahlen am 6. August. Ueberwältigender Sieg für T. C. Norris und die liberale Partei sicher. Konservative Konvention wählt neuen Führer und hofft durch Preisgeben früherer Parteigrößen und Verurteilen der früheren konservativen Politik einen Rest von Macht für die Partei zu retten

Die politische Lage in Manitoba klärt sich. Die Verhandlungen vor der Kgl. Untersuchungskommission über die von den Konservativen begangenen, riesigen Schwindeleien haben wie ein reinigendes Gewitter gewirkt.

Bekanntlich mußte der frühere, konservative Premierminister Roblin mit allen seinen Kollegen im Ministerium, mit Schimpf und Schande bedeckt, vor einigen Monaten aus dem Amte scheiden. Der Lieutenant-Gouverneur Sir Cameron beauftragte darauf den liberalen Führer T. C. Norris mit der Bildung eines neuen Ministeriums, in welches zur großen Freude aller Deutsch-Canadier das langjährige Parlamentsmitglied Herr Valentin Winkler als Minister für Landwirtschaft und Einwanderung eintrat.

Inzwischen gingen die Verhandlungen vor der Kgl. Untersuchungskommission weiter und erwiesen klar, in welch schamloser Weise das Volk Manitobas unter der konservativen Regierung betrogen und bestohlen worden war. Es steht zu erwarten, daß in nächster Zeit eine Anzahl konservativer Führer verhaftet werden, um ihrer Aburteilung durch den Strafrichter entgegenzugehen. Da auch nicht die geringste Möglichkeit bestand, die geradezu ungeheuerlichen Vergehen, die die konservative Partei begangen hatte, hinwegzuleugnen, versuchten charakterlose, konservative Parteimänner, die Situation wenigstens einigermaßen dadurch zu retten, daß sie unbegründete Anschuldigungen gegen den, wegen seiner Ehrlichkeit und der Festigkeit seiner politischen Ueberzeugungen allgemein geschätzten und beliebten liberalen Führer, Premierminister Norris, und seine Partei erhoben.

Norris und seine Kollegen im Ministerium schlugen darauf den einzig richtigen Weg ein, indem sie diese unberechtigten Anklagen ebenfalls öffentlich durch die Kgl. Kommission untersuchen ließen. Dabei stellte sich denn heraus, daß die Anschuldigungen, die von korrupten Konservativen gegen Norris erhoben worden waren, jeder Grundlage entbehrten. Es war eben nur ein plumper politischer Schachzug gewesen, von dem die Konservativen erhofft hatten, daß er sie in die Lage bringen würde zu sagen: Wenn es schon wahr ist, daß unsere Partei seit Jahren die Verwaltung unserer Provinz in die Hände gewissenloser Bettüger gelegt hat, so sind doch die Liberalen auch nicht viel besser.

Da aber Premier Norris die ganze Sache sehr gründlich vor aller Oeffentlichkeit untersuchen ließ, ist ihnen ihr schönes Plänchen vollständig vorbeigelungen.

Schon bei den im Juli vorigen Jahres in Manitoba stattgefundenen Provinzialwahlen bewies die Bevölkerung der Provinz, daß sie der 15 jährigen Mißwirtschaft unter Roblin von ganzem Herzen überdrüssig war. Zusammengerechnet erhielten die, gegen Roblin und die Konservativen aufgestellten Kandidaten im vorigen Jahre rund 10,000 Stimmen mehr als die damalige Regierungspartei. Durch Bestechungen und andere gewissenlose und schmutzige Wahltaktiken hatte es jedoch die Gruppe Roblin'scher Beutepolitiker im Vorjahre verstanden, noch eine geringe Mehrheit von Abgeordneten ins Provinzialparlament zu bekommen. Manitoba hatte für etwa dreiviertel Jahr eine Regierung, deren ganzer Rekord es allerdings nicht verwunderlich erscheinen ließ, daß sie schamlos genug war, gegen den ausgesprochenen Willen einer starken Volksmehrheit im Amte zu bleiben, bis schließlich die Enthüllungen über die, seitens der Konservativen beim Bau des neuen Parlamentsgebäudes begangenen Riesenschwindeleien den verdienten, schimpflichen Sturz dieser politischen Blutsauger herbeiführten.

Es unterliegt auch nicht dem geringsten Zweifel, daß bei der, für den 6. August dieses Jahres angesetzten Neuwahl die Bevölkerung Manitobas mit einer überwältigenden Mehrheit den Premier Norris und die liberalen Kandidaten eintreten wird. Das ist auch sehr nötig; denn nach reichlich 15 Jahren größter und gewissenloser Mißwirtschaft braucht Manitoba eine ehrliche und kluge Verwaltung und eine fortschrittliche Gesetzgebung, die das Volk der Provinz nur von Norris und der liberalen Partei erwarten kann. Es ist in Manitoba so weit gekommen, daß jeder anständige Mann, ganz gleich ob er im allgemeinen ein Anhänger liberaler oder konservativer Parteigrundsätze ist, einfach garnicht anders kann, als bei dieser Wahl seine Stimme in jedem Wahlkreise für den liberalen Kandidaten abzugeben. Die konservative Partei hat sich derart mit Schmutz und Schande bedeckt, daß ein anständig denkender Mensch garnicht für einen Anhänger der Provinzialkonservativen Manitobas stimmen kann, auch wenn er sonst konservativen Anschauungen huldigt.

Uebrigens wirkt es geradezu wie Ironie und grausamer Sport, wollte man in Manitoba von Grundsätzen der dortigen konservativen Partei sprechen. Diese Partei hat eben in Wirklichkeit nur den einen Grundsatz: Wir kennen garkeine Grundsätze und politischen Ueberzeugungen!

Das hat die kürzlich in Winnipeg stattgefundene und mit aufdringlichem Lärm, in marktschreierischer Weise als eine Reformtat gepriesene konservative Konvention bewiesen. Im großen Ganzen waren es ja dieselben waschechten Parteigänger, die diese Konvention bildeten und das große Wort führten, die noch vor einem Jahre auf Roblin als ihren Herrn und Meister schwuren und ihm begeistert zujubelten, als er die fortschrittliche Politik der Liberalen als phantastische und für die Wirklichkeit nicht geeignete politische Pläne bezeichnete. Mit einer Charakterlosigkeit, die geradezu unverständlich ist, haben diese Leute ihren früheren Standpunkt in nahezu jeder einzelnen politischen Frage aufgegeben und dafür als ihr Parteiprogramm das aufgestellt, was die Liberalen bereits vor einem Jahre im Interesse der Bevölkerung Manitobas und der fortschrittlichen Entwickelung der Provinz vertraten.

Norris und die Liberalen hatten bereits damals erklärt, daß sie auf Verlangen der Frauen Manitobas die Frage des Frauenstimmrechtes einer allgemeinen Volksabstimmung unterbreiten würden, da die liberale Partei eben für die Einführung der Initiative, des Referendums und eventuell des Rückrufes von Abgeordneten seitens der Wählerschaft eintritt. Roblin und alle konservativen Redner ersten bis sechsten Grades wandten sich vor einem Jahre gegen eine derartige Politik. Jetzt, da der Partei das Urteil mit unzweideutiger Flammenschrift an die Wand geschrieben ist, versuchen sie, die Liberalen an fortschrittlicher Gesinnung zu überbieten. Bezüglich der Frauenstimmrechts-Frage faßte die konservative Konvention eine Resolution, die die Sympathie der Partei mit den Grundsätzen des Frauenstimmrechtes ausspricht, und durch die sich die Partei verpflichtet, für ein Gesetz zu wirken, das den Frauen das Stimmrecht geben wird, sobald diese darum einkommen.

Ganz ähnlich verhält es sich in der Schulfrage. Unter Führung Roblins und des früheren Unterrichtsministers Coldwell verteidigten die Konservativen noch vor einem Jahre mit mehr Eifer und Lärm als ehrlicher Ueberzeugung eine Schulgesetzgebung, die unter dem Namen der Coldwell-Amendments seit Jahren berüchtigt ist.

Dieselben Leute stimmten jetzt nahezu einmütig und unter lebhaftem Beifall für eine Resolution, durch die sich die Partei für Widerrufung dieser Gesetzgebung ausspricht.

Der Umschwung der Partei in der Getränkefrage ist womöglich noch drastischer. Die von den Liberalen versprochene Einführung der Initiative und des Referendums würde den Anhängern der Temperenzbewegung die erwünschte Gelegenheit gegeben haben, eine Volksabstimmung über diese Frage herbeizuführen. Natürlich wäre es dann einem jeden Wähler Manitobas vollständig freigestellt gewesen, seine Stimme für oder gegen Prohibition abzugeben. Roblin und seine Anhänger suchten im Vorjahre, die Sache zu verdrehen und die Liberalen als Feind persönlicher Freiheit hinzustellen. Jetzt erklärt sich die konservative Partei glattweg für Einführung von Prohibition, ohne erst dem Volke eine Gelegenheit zu geben, seine Meinung darüber zu äußern. In der bedauernswert erbärmlichen Lage, in der sich die Konservativen Manitobas nun einmal befinden, tun sie das nur, um die Liberalen zu überbieten und Stimmen der Prohibitionisten zu fangen. Da aber dieselbe Partei bereits im Jahre 1900 die Wähler gerade in dieser Frage betrogen und in schamloser Weise hinter das Licht geführt hatte, kann jetzt auch das weitgehendste Versprechen niemand den irreführen.

Ehe die konservative Partei bei der Wahl im Herbst 1899 zur Regierung gelangte, hatte sie ebenfalls eine provinziale Parteikonvention abgehalten und dabei ein auf Stimmenfang berechnetes, sogenanntes fortschrittliches Parteiprogramm aufgestellt. Damals hatten die Konservativen versprochen, im Falle ihrer Erwählung ein Ministerium von drei Mitgliedern zu bilden und den Mitgliedern der Legislatur eine jährliche Entschädigung von nur $400 zu bewilligen, um für das Volk der Provinz zu sparen. Als sie dann gewählt waren, dachten die nie daran, ihre Versprechen einzulösen, und als sie aus dem Amte schieden, legten sieben bezahlte Kabinettminister ihr Amt nieder, und die Höhe der Entschädigungssumme für eine einzige kurze Sitzungsperiode betrug pro Parlamentsmitglied $1,500. Ehe die Konservativen 1899 zur Regierung gelangten, warfen sie der früheren liberalen Regierung Verschwendung vor. Nachdem sie jetzt wieder zur Stellung der Oppositionspartei zurückkehren mußten, hatten sie die Provinz derart in Schulden gestürzt, daß die Summe, die Manitoba jährlich an Zinsen für geborgte Gelder zahlen muß, schon allein so hoch ist, wie früher die gesamten Jahresausgaben der liberalen Regierung. Von der versprochenen Sparsamkeit im Interesse des Volkes hat also niemand etwas gemerkt.

Nachdem nun diese Partei unter der Führung gewissenloser und korrupter Führer ein Fiasko erlitten hat, wie es jämmerlicher noch nie einer Partei in irgendeiner Provinz Canadas beschieden war, hielten diese Maulhelden von Volksfreunden wieder eine Konvention ab und versprechen dem Volke wiederum goldene Berge. Das im Vorjahre mit solcher Heftigkeit bekämpfte Parteiprogramm der Liberalen haben sie fast vollständig zu ihrem eigenen gemacht. Nachdem sie nur zwei Monate in der Stellung der Oppositionspartei gewesen sind, haben sie sich zu extremen Fortschrittlern entwickelt, während sie in der ganzen Zeit der fünfzehn Jahre, in der sie als Regierungspartei die Gelegenheit und die Macht hatten, alle nur erdenklichen Fortschritte wirklich einzuführen, nichts von gesunder Verwaltung und progressiver Gesetzgebung wissen wollten. Eigentlich hatten sie ja dafür auch keine Zeit, da sie zu stark damit beschäftigt waren, ihre Stellung als machthabende Partei auszunützen, um ihre eigenen Taschen und die ihrer Helfershelfer und Parteigänger zu füllen.

Am 6. August wird die Bevölkerung Manitobas einen Urteilsspruch über diese Heuchlergesellschaft sprechen, der wirksamer und machtvoller in das Land hinausklingen wird, als es der Urteilsspruch irgendeines Richters tun kann.

Drastische Maßnahme

Japanische Regierung reserviert japanischen Versendern allen Platz auf subsidierten Transpacific-Dampfern

Washington, 15. Juli. — Der heutigen Meldung des amerikanischen Generalkonsuls Anderson von Hongkong zufolge hat der jüngste Erlaß der japanischen Regierung, wonach zwecks Förderung der japanischen Handelsinteressen der gesamte Laderaum auf den von den subsidierten japanischen Transpacific-Linien betriebenen Schiffen für japanische Verschiffer reserviert bleiben soll, den ganzen ostasiatischen Handel blockiert. Unter dieser Ordre wird nämlich allen Verschiffern in Hongkong, Shanghai und Keelung (Formosa), welche Waren nach den Ver. Staaten verschicken wollen, die Gelegenheit genommen, dieses zu tun, indem die Ordre nicht nur alle mit nichtjapanischen Versendern betreffs Laderaum gemachten Kontrakte und Abmachungen für Juni und Juli aufhebt, sondern selbst den Zwischendeck-Raum für japanischen Gebrauch deklariert und sogar mit einer Verlängerung der Ordre für den Monat August gedroht wird.

Dem Generalkonsul Anderson zufolge wird durch diese Ordre die schon bestehende Frachtblockade auf den Philippinen und in südchinesischen Häfen nur noch verschärft werden und das einzige Gegenmittel, Besitzern von Spezialdampfern dürfte sich wegen Mangels von solchen Schiffen als unwirksam erweisen.

In Südwest

Berlin, 15. Juli. — Die Bedingungen der Uebergabe der deutschen Truppen in Südwestafrika machen es klar, daß die deutschen Truppen 204 Offiziere und 3094 Mann zählten (etwas mehr wie ein reguläres Infanterieregiment auf Kriegsfuß) mit sieben Feldgeschützen und 22 Maschinengewehren.

Die Streitkraft mußte nach einem anhaltenden Feldzug und fürchterlichen Anstrengungen gegen 20,000 Mann kämpfen. Die Tapferkeit der Deutschen wurde von den Briten anerkannt, welche sogar den Unteroffizieren und Gemeinen die Erlaubnis gaben, ihre Säbel und Gewehre zu behalten.

Für unsere Freunde und Leser
haben wir in Verbindung mit den Geschäftsräumen unserer Zeitung ein
Auskunftsbüro, Notariats- und Versicherungsgeschäft
eingerichtet.

Wir besorgen Bürgerpapiere, Heiratslizenzen, Auskünfte aller Art, Lebens-, Feuer-, Sturm-, Unfall-, und Hagelversicherung, Notariatsbeglaubigungen, Testamente usw. Nach Beendigung des Krieges werden wir Schiffahrtskarten verschiedener Linien von und nach Europa zum Verkauf haben.

Prompte und reelle Bedienung ist unser Geschäftsprinzip.

Wer sich wegen Auskunft irgend welcher Art an uns wendet, lege 25c für Beantwortung und Deckung der Unkosten sofort bei.

Man adressiere:
Courier, Department A.
P. O. Box 503 Regina, Sask.